



SPÖ-Klubobmann Philip Kucher und die grüne Parteichefin Leonore Gewessler machten es nach Diskussionen um die Spiritpreismbremse vor.

Foto: ROLAND SCHLAGER / APA / picturedesk.com



PROF. PETER FILZMAIER

Filzmaier analysiert

Peter Filzmaier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität für Weiterbildung Krems und der Karl-Franzens-Universität Graz.

Wie man politisch (nicht) streitet

Es ist wieder einmal so weit. Beim Aufreger Benzinpreise wird seitens der heimischen Parteien heftig gestritten. Das ist in einer Demokratie gut so. Schlecht ist allerdings, dass der Streit allzu oft unter der Gürtellinie stattfindet.

1 1748 meinte Staatstheoretiker Charles de Montesquieu, es gäbe keine Freiheit, wenn nicht politisch gestritten wird. Demokratische Regeln sorgen dafür, dass man sich auf einen sachlichen Diskurs einigt und nicht einander körperlich oder sprachlich auf den Schädel haut. Von der Debatte bis zum Gesetzesbeschluss der „Spritpreismbremse“ ist genau das im Parlament passiert. Es gab die Diskussion von Meinungen und eine Abstimmung.

2 Wo ist der Haken? Die FPÖ schaffte es nicht, ihre Sachkritik darzulegen, ohne gleichzeitig jede Menge Beleidigungen der Regierung anzubringen. Umgekehrt widerlegte der SPÖ-Finanzminister das blaue Al-

ternativmodell nicht bloß inhaltlich, sondern kanzelte im Folgesatz die Freiheitlichen als wirtschaftspolitisch total belämmert ab.

3 Na und? Es sollte so sein, dass beim ernsten – von niemandem in Österreich verschuldeten – Problem der Benzin- und Energieversorgung nach einem Kriegsausbruch allen Parteien positiv unterstellt wird, sie würden das Beste wollen. Über unterschiedliche Lösungswege könnte man voller Respekt vor den Überlegungen des anderen streiten. In Gesprächen, Reden und Interviews statt medialer Inszenierungen und Rundumschläge.

4 Sogar bei deftiger Wortwahl ist es ein gro-

ßer Unterschied zu politischen Maßnahmen gegen die Teuerung von Erdgas und Erdöl, entweder „Was du sagst, ist inhaltlich sch...“ oder arg untergriffig „Du bist sch...“ zu sagen. Parteien kommunizieren zunehmend Zweiteres, was leider vielen gefällt. Doch die Folgen unsachlicher Streitigkeiten und dauernder Negativität für die Demokratie sind übel.

5 Stellen Parteien in Negativkampagnen immer nur die jeweilige Gegenseite als sowieso undemokratisch, unfähig, unehrlich und so weiter und so fort dar, entsteht der Eindruck, alle politischen Akteure wären so. Ein Blick in Internetforen und angeblich soziale Medien zeigt, dass ein Teil der

Wahlbevölkerung das Schlechtmachen der Demokratie genauso befeuert. Denn das Image der Parteipolitik ist ohnehin ruiniert, inzwischen geht es darum, dass die Demokratie als Wert außer Streit steht.

6 Der Militärwissenschaftler General von Clausewitz schrieb 1832 „Vom Kriege“, dass dieser die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln wäre. Unstrittig sollte sein, das selbst beim heftigsten Politstreit abzulehnen. Leider ist dem nicht so. Weder in der Geschichte noch gegenwärtig. Weltweit sowieso nicht. Auch in Österreich entsteht eine Stimmungslage, dass Semi- und Anti-Demokraten Gewalt als Streitform nicht mehr ausschließen.